

Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung:

Eine gute Nachricht für europäische Städte

Auf dem informellen Ministertreffen zu städtischen Fragen am 30. Mai 2016 wurde ein Markstein für die Städtepolitik der Europäischen Union gesetzt. Während des Treffens wurde der sogenannte Pakt von Amsterdam angenommen, der die Grundsätze der Städteagenda für die EU festhält. Die Europäische Kommission und besonders die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung begrüßt den Pakt von Amsterdam und betont, dass sie verstärkt zusammenarbeiten wird um die verschiedenen Politikbereiche, die die Städte betreffen, besser zu koordinieren.

Ein Beitrag von
Dr. Walter Deffaa

Städte spielen eine herausragende Rolle in Europa. 70 Prozent der Unionsbürgerinnen und -bürger leben in Städten. 85 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts wird in Städten generiert und 70 Prozent aller Arbeitsplätze sind dort zu finden. Und: 70 Prozent der EU-Gesetzgebung wird in Städten umgesetzt. Gleichzeitig sind Städte mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert – seien es Umweltbelastungen oder gesellschaftliche Probleme oder Schwierigkeiten, die sich durch den Klimawandel oder durch Verkehrsbelastung ergeben. Trotz der großen Bedeutung von Städten wurden diese bisher nicht in ausreichendem Maße in die Gestaltung der sie betreffenden Politikbereiche einbezogen, und sie wurden nicht genügend bei ihrer Umsetzung mobilisiert.

Die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission hat eine lange Tradition bei der spezifischen Unterstützung von Städten, angefangen bei den URBAN-Pilotprojekten bis zur aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020, in der die städtische Dimension ins Zentrum der Kohäsionspolitik gerückt wurde. Mindestens 50 Prozent aller Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird in städtische Gebiete investiert. Dabei sind etwa 15 Milliarden



Rafaele Cattaneo, Vorsitzender der Fachkommission für territoriale Kohäsion und EU-Haushalt des Ausschusses der Regionen (links), die EU-Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Corina Crețu, und der niederländische Minister für Inneres und Überseegebiete, Ronald Plasterk, präsentierten Ende Mai den Pakt von Amsterdam

Euro des EFRE direkt für integrierte nachhaltige Stadtentwicklung festgeschrieben worden. Davon werden mehr als 750 Städte in Europa profitieren.

Eine Städteagenda für die EU

Die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung sieht Städte als zentrale Akteure in Europa und ist damit auch seit der ersten Stunde eine treibende Kraft der Städteagenda für die EU. Mit ihr soll die städtische Dimension sowohl in der EU-Politik als auch in nationalen Politiken verstärkt und Städte stärker in die Formulierung und Umsetzung von sie betreffenden Politikbe-

Zum Autor:

Dr. Walter Deffaa ist Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission.

reichen einbezogen werden. Ziel ist dabei eine bessere Rechtsetzung, eine bessere Förderung, bessere Kenntnisse sowie ein besserer Wissenstransfer.

Umsetzung durch Partnerschaften

Die Umsetzung der Städteagenda erfolgt durch eine neue und „demokratische“ Arbeitsmethode. Die Städteagenda der EU umfasst zwölf Schwerpunktthemen. Eines dieser Schwerpunktthemen widmet sich zum Beispiel der Integration von Migranten und Flüchtlingen und damit einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit, die auch die Städte vor besondere Herausforderungen stellt. Zu jedem Schwerpunktthema arbeitet eine sogenannte Partnerschaft, die aus ausgewählten Mitgliedstaaten, einer Anzahl von Städten, der Europäischen Kommission, europäischen Organisationen (Europäische Investitionsbank, Ausschuss der Regionen, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) sowie Interessenvertretern (Nichtregierungsorganisationen, Fachleute, Wirtschaftsvertreter) besteht, die als Experten des jeweiligen Themas gleichberechtigt zusammenarbeiten. Jede Partnerschaft besteht aus 15 bis 20 Mitgliedern. Der unterschiedliche Hintergrund der Mitglieder hilft dabei, verschiedene Aspekte des Schwerpunktthemas zu beleuchten und ein gemeinsames Verständnis für die Umsetzungsschwierigkeiten von bestehenden EU-Politikbereichen und EU-Fonds auf städtischer Ebene zu erarbeiten. Jede Partnerschaft wird von einem oder zwei Koordinatoren geleitet, die entweder Vertreter von Städten oder Ländern sein können. Die Laufzeit einer Partnerschaft umfasst etwa drei Jahre.

Jede Partnerschaft erarbeitet einen Aktionsplan, der die vier Bereiche der Städteagenda – bessere Rechtsprechung, bessere Förderung, bessere Kenntnisse und besserer Wissenstransfer – umfasst und konkrete jedoch nicht bindende Verbesserungsvorschläge enthalten soll.

Vier Partnerschaften haben bereits ihre Arbeit zu folgenden Themen aufgenommen: Integration von Migranten und Flüchtlingen (koordiniert von Amsterdam), Luftqualität (koordiniert von den Niederlanden), Wohnungsbau (koordiniert von der Slowakei) und städtische Armut (koordiniert von Belgien und Frankreich). Die übrigen acht Städtepartnerschaften werden voraussichtlich zwischen Ende 2016 und Herbst 2017 konstituiert werden.



Foto: Xenia Kehnen/pixelio.de

Unterstützung durch zentrale Internetseite

Zusätzlich zu der Arbeit der Partnerschaften und die Partnerschaften unterstützend entwickelt die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung eine zentrale Internetseite, auf der alle Informationen, die die Städte betreffen, gebündelt sein werden. Die Seite wird nicht nur verschiedene Förderinstrumente, sondern auch die EU-Gesetzgebung etwa zu den Themen Energie oder Transport darstellen, die von zentraler Bedeutung für die Städte ist. Eine bessere Information ist ein klares Ziel der zentralen Internetseite ebenso wie die Unterstützung von Netzwerken zwischen Städten zu bestimmten Themen.

Ich bin schon gespannt auf die Aktionspläne, die die Partnerschaften erarbeiten werden. Nichtsdestotrotz: Auch der beste Aktionsplan bleibt nur ein Dokument, wenn er nicht umgesetzt wird. Ich bin optimistisch, dass die Europäische Kommission ihrerseits das bestmögliche tun wird, um eine erfolgreiche Umsetzung zu unterstützen. ■

Mit der in Amsterdam beschlossenen EU-Städteagenda soll eine Zusammenarbeit für Wachstum, ein lebenswertes Umfeld und Innovationen in den Städten Europas angestoßen werden

Infos

Pakt von Amsterdam vom 30. Mai 2016 (englisch):

☞ http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/themes/urban-development/agenda/pact-of-amsterdam.pdf

Internetseite der Generaldirektion für Regionalpolitik zur Stadtentwicklung:

☞ http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/urban-development/